



DAS DOPPELBUDGET IM STRESSTEST DER INDUSTRIE



INTERVIEW

Österreichs Rolle in der
neuen Welle der Raumfahrt

Seite 5



WIEN

Hattmannsdorfer: Industrie stärken,
Wohlstand sichern

Seiten 10 + 11

Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien

SALZBURG SUMMIT

Allianzen in einer
neuen Weltordnung

Seite 8

Unternehmen nicht durch übermäßige Belastung schwächen

Hubert Aiwanger, stellvertretender Ministerpräsident und bayerischer Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, über Bayerns Standort-Herausforderungen, europäische Wettbewerbsfähigkeit und die Potenziale der bayerisch-österreichischen Wirtschaftspartnerschaft.

Bayern gilt traditionell als einer der stärksten Wirtschaftsstandorte Europas. Welche strukturellen Herausforderungen, etwa bei Themen wie Energie oder Bürokratieabbau, sehen Sie als drängendste Aufgabe für die kommenden Jahre? Mit welchen Maßnahmen wollen Sie sicherstellen, dass Bayern seine Spitzenposition auch langfristig behaupten kann?

Hubert Aiwanger: Viele Faktoren belasten aktuell die Wirtschaft in Deutschland und Bayern: Dekarbonisierung, Digitalisierung, demografischer Wandel, dauerhaft höhere Energiepreise und Verschiebungen in der Weltwirtschaft setzen etablierte Geschäftsmodelle unter Druck und zwingen Unternehmen, ihre Produktionsstrukturen anzupassen.

Wir stärken den Wirtschaftsstandort durch breit angelegte Innovationsförderung und gezielte Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen sowie Startups. Allein im Rahmen der Hightech Agenda Bayern setzt das Wirtschaftsministerium 1,5 Milliarden Euro für die Stärkung von Forschung und Entwicklung vor allem in den Bereichen Transformation und Digitalisierung ein.

Ein wichtiger Baustein sind auch unsere Investitions- und Finanzierungshilfen über die Regionalförderung und das Mittelstandskreditprogramm. Zudem unterstützen wir unsere Unternehmen bei der

Erschließung neuer, wachsender Auslandsmärkte und bei der Stärkung ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit im Rahmen der Bayerischen Außenwirtschaftsförderung. Ein Fokus liegt außerdem auf dem zügigen Ausbau erneuerbarer Energien und der Förderung eines nachhaltigen Energiemixes.

Unser bayerisches Engagement kann jedoch nur dann seine volle Wirkung entfalten, wenn der Bund deutlich mehr Unterstützung leistet: Wir fordern eine Senkung der Stromsteuer auf das europarechtliche Mindestmaß, eine Unternehmenssteuerbelastung auf international wettbewerbsfähigem Niveau, flexiblere Arbeitszeitregelungen und einen konsequenten Abbau der überbordenden Bürokratie.

Europa steht im globalen Wettbewerb zunehmend unter Druck. Welche Bereiche erachten Sie als besonders reformbedürftig? Wie kann Bayern gemeinsam mit Partnern wie Österreich innerhalb der EU dazu beitragen, die europäische Wettbewerbsfähigkeit gezielt zu stärken?

Europa muss im globalen Wettbewerb selbstbewusster und geschlossener auftreten. Entscheidend ist jetzt, den europäischen Binnenmarkt weiter zu stärken und bestehende Hemmnisse konsequent abzubauen.

Zugleich brauchen wir eine Wirtschaftspolitik, die Wettbewerbsfähigkeit wieder stärkt. Wir dürfen unsere Unternehmen nicht durch übermäßige Belastungen schwächen. Wir brauchen mehr Technologieoffenheit und endlich das Aus vom Verbrenner-Aus sowie schnellere Genehmigungs- und Planungsverfahren.

Bayern kann dabei gemeinsam mit starken Partnern wie Österreich wichtige Impulse setzen – als Innovationsstandorte, als Industrieregionen und als starke Stimme für eine wettbewerbsfähige, wirtschaftsfreundliche Europäische Union.

Bayern und Österreich verbindet eine langjährige wirtschaftliche Partnerschaft. Wo sehen Sie dennoch die größten ungenutzten Potenziale in den bilateralen Beziehungen?

Bayern und Österreich sind wirtschaftlich eng verflochten: Bayern ist für Österreich der wichtigste Markt und Österreich ist für Bayern der bedeutendste Handelspartner in Europa. Das bilaterale Handelsvolumen betrug 2025 rund 36,5 Milliarden Euro. Ungenutzte Potenziale bestehen vor allem in der Integration der Kapitalmärkte und in der Stärkung von Wagniskapital (Venture Capital) zur Förderung von Startups, im Abbau von Handelshemmnissen und bürokratischen Hürden sowie in einem klaren rechtspolitischen Rahmen, der Planungssicherheit für



Hubert Aiwanger, stellvertretender Ministerpräsident und bayerischer Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie.

Investitionen schafft. Wichtig sind auch der Ausbau grenzüberschreitender Stromnetze zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit, gezielte Infrastruktur-Investitionen, vor allem der Brenner-Basistunnel, sowie eine vertiefte Zusammenarbeit bei Innovations- und Transformationsprojekten. Entscheidend ist ein koordiniertes Vorgehen von Politik, Verbänden und Wirtschaft sowie ein gemeinsames Auftreten auf europäischer Ebene, um Wettbewerbsfähigkeit, Wertschöpfung und Resilienz nachhaltig zu stärken.

Expertinnenmeinung von VALERIE GRUBER

Tech-Souveränität: Abschottung oder Absicherung?

Mit dem Tech Sovereignty Package hat die Europäische Kommission einen äußerst ambitionierten Vorstoß präsentiert. Abhängigkeit gilt nun nicht mehr als hinnehmbare Marktunschärfe, sondern als strategische Verwundbarkeit.

Beim Ringen um digitale Souveränität verfolgen die großen Wirtschaftsblöcke unterschiedliche Strategien: Die USA setzen auf marktdominante Privatkonzerne, China setzt auf staatlich gelenkte Selbstversorgung – und Europa sitzt dazwischen. Wir setzen Standards, von denen die Welt abschreibt, doch die Schlüsseltechnologien dahinter kommen meist von anderen. Genau diese Lücke gilt es zu schließen und die Europäische Kommission hat – wie sollte es anders sein? – Gesetzesentwürfe dafür vorgelegt.

Mit dem Tech Sovereignty Package wurde ein äußerst ambitionierter Vorstoß präsentiert: Chips Act 2.0, Cloud and AI

Development Act (CADA), eine Open Source-Strategie und ein Fahrplan für KI im Energiebereich. Abhängigkeit gilt nun nicht mehr als hinnehmbare Marktunschärfe, sondern als strategische Verwundbarkeit, die per Gesetz korrigiert gehört. Rund 264 Milliarden Euro fließen jährlich in überwiegend proprietäre IT aus Drittstaaten. CADA führt dafür vier Souveränitätsstufen für die öffentliche Beschaffung ein und will die Rechenzentrumskapazitäten verdreifachen.

Die Ambitionen der Kommission sind durchaus positiv zu sehen – bei der Umsetzung gibt es aber Luft nach oben, denn gute Absichten der Kommission gehen nicht immer auf: Der erste Chips Act

sollte Europas Weltmarktanteil bei der Halbleiterproduktion bis 2030 auf 20 % verdoppeln – wir liegen noch immer unter 10 %. Und zwei Milliarden Euro für Open Source über sieben Jahre wirken neben einer Abhängigkeit von 264 Milliarden jährlich eher symbolisch.

Bleibt die Kernfrage: vollständige Unabhängigkeit oder kontrollierte Offenheit? Komplette Autarkie halte ich für eine teure Illusion: Wer sich abschottet, zahlt am Ende mehr und bekommt oft schwächere Produkte, weil Wettbewerbsdruck fehlt. Wie heikel die Abwägung ist, zeigt der Streit der Mitgliedstaaten: Frankreich drängt auf strikte Auflagen, die außereuropäische Anbieter faktisch



Valerie Gruber, IV-Expertin für Europapolitik und Digitalisierung.

aussperren; Deutschland warnt vor Protektionismus und hält Hyperscaler unter klaren Sicherheitsgarantien im Spiel.

Der goldene Weg liegt wohl dazwischen, in der abgestuften Offenheit – passgenau nach Sensibilität der Anwendung.

Die Richtung stimmt, der eigentliche Test kommt erst: europäische Alternativen wirklich konkurrenzfähig zu machen, statt nur Anbieter auszusperrern, und keinen Flickenteppich aus 27 nationalen Auslegungen zuzulassen. Souveränität entsteht nicht durch Mauern, sondern durch starke Innovation und kluge Absicherung.

Bitte eine Bürokratiepause einlegen!

Wenn es schon kein zweites Entbürokratisierungspaket gibt, müssen Betriebe und Menschen in diesem Land zumindest von zusätzlichen Bürokratiewellen verschont bleiben – die Umsetzung der EU-Entgelttransparenz-Richtlinie wäre so ein Belastungs-Tsunami. Neue Digitalisierungsschritte in der Verwaltung bringen hingegen eine Entlastung für Unternehmen!



Die Bundesregierung hat also das Doppelbudget vorgelegt – damit ist eine gewisse Vorhersehbarkeit für Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürger gegeben, was die Rahmenbedingungen der kommenden zwei Jahre betrifft. Große notwendige strukturelle Veränderungen werden bislang nicht angegriffen; umso mehr wären Maßnahmen zur Entbürokratisierung sinnvoll – doch das zweite Entbürokratisierungspaket ist bis auf Weiteres abgesagt.

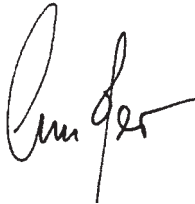
Dabei hat Österreich ein veritables Bürokratieproblem, das auch dafür sorgt, dass der Standort im IMD-Wettbewerbsranking heuer erneut abgerutscht ist – von Platz 26 vergangenes Jahr auf Platz 29. Was es da gar nicht braucht, sind neue, zusätzliche Berichtspflichten. Das gilt insbesondere auch bei der Umsetzung

der EU-Entgelttransparenz-Richtlinie. Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit ist für die österreichische Industrie eine Selbstverständlichkeit. Unsere Unternehmen stehen für leistungs- und qualifikationsgerechte Entlohnung sowie für transparente und nachvollziehbare Vergütungssysteme, auf der Basis des österreichischen Kollektivvertragssystems. Verzichten wir auf gut gemeinte, aber grottenschlecht aufgesetzte Regelungen, die noch dazu nach der Vorstellung der Arbeitsministerin zusätzlich noch verschärft werden sollen.

Was es hingegen braucht, ist eine raschere Umsetzung der Einzelmaßnahmen des bereits im Dezember beschlossenen ersten Entbürokratisierungspakets. Die Industriellenvereinigung begrüßt jeden Schritt in diese Richtung – so auch das von Alexander Pröll vorgelegte

Digitalisierungspaket als wichtigen Beitrag zum Bürokratieabbau und zur Modernisierung der Verwaltung. Positiv sind insbesondere der Ausbau der Digital Austria Data Exchange (dadeX) sowie die beschleunigte Umsetzung des Once-only-Prinzips. Was die Umsetzung des Once-only-Prinzips idealerweise bringt: Unternehmen müssen nicht länger dieselben Daten mehrfach an unterschiedliche Stellen übermitteln. So geht Vereinfachung – das braucht Österreich!

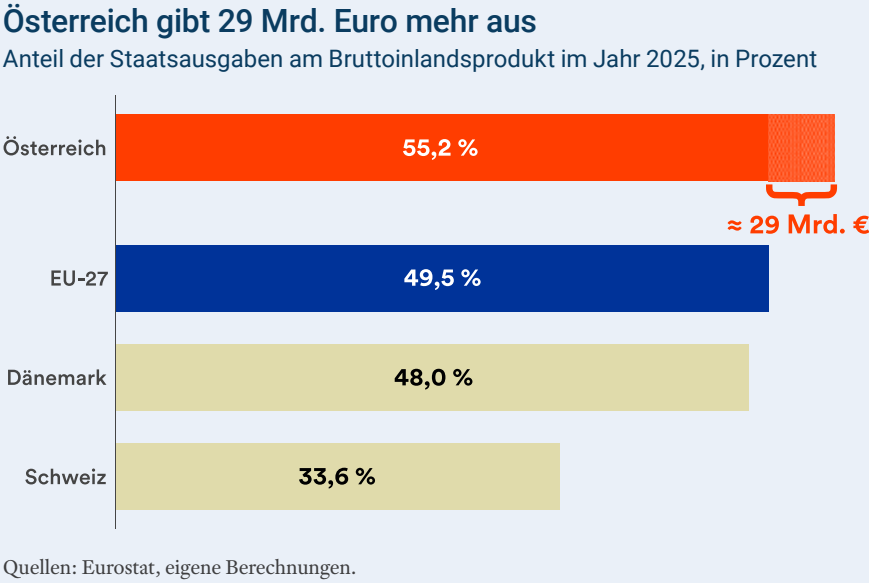
Ihr



Christoph Neumayer
IV-Generalsekretär

Grafik des Monats

Österreich gibt gemessen am BIP deutlich mehr aus als die meisten anderen europäischen Volkswirtschaften – mit einer Staatsausgabenquote von 55,2% liegt das Land 5,7 Prozentpunkte über dem EU-27-Schnitt von 49,5%, was hochgerechnet auf das österreichische BIP rund 29 Mrd. Euro entspricht. Dänemark, das für seinen umfangreichen Wohlfahrtsstaat bekannt ist, kommt auf 48,0%, die Schweiz auf 33,6%. Der Fiskalrat warnt, dass die hohe Ausgabendynamik, getrieben vor allem durch Pensionen, Gesundheit und Zinsen, ohne strukturelle Reformen nicht nachhaltig finanzierbar ist.



Zahl des Monats

3,8 %

des BIP beträgt laut Fiskalrat und OeNB das prognostizierte Budgetdefizit Österreichs im Jahr 2028; dem Jahr, in dem die Regierung das EU-Defizitverfahren planmäßig beenden will. Das Finanzministerium rechnet hingegen mit 3,0%. Als Haupttreiber nennt die OeNB höhere Zinsausgaben und EU-Beiträge sowie die schwierige Wirtschaftslage. Um die Maastricht-Grenze zu unterschreiten, wären laut Fiskalrat zusätzliche Konsolidierungsmaßnahmen von 5,7 Mrd. Euro nötig.

IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at
Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-Nr.: 00160, EU-Transparenzregister-Nr.: 89093924456-06. Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen; industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Redaktion: Aniko Benkö, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Marlena Mayer, Michael Mairhofer, Claudia Mischensky, Christoph Robinson, Michaela Roither, Irene Schulte.
Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich. Lektorat: Bernhard Paratschek.

Grafik: Nina Mayrberger, Sarah D'Agostino

Druck: Druck Styria GmbH & Co KG, 8042 Graz. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: „iv-positionen“ erscheint 8 x jährlich in einer Auflage von 8.300 Stück, Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at.

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Adobe Stock, IV, IV-Burgenland /Ingrid Puschautz-Meidl, IV-Kärnten / Helge Bauer, IV-NÖ / Alexander Felten, IV-OÖ / Roland Pelzl, IV-Salzburg / Birgit Probst, IV-Steiermark / Foto Fischer, IV-Tirol / Land Tirol / Fitsch, IV-Vorarlberg / IV, ORF, VN, NEUE, Krone, WPA, IV-Wien / Markus Prantl

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.



EABG bringt schnellere Genehmigungsverfahren

Dass die Regierung das Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungs-Gesetz endlich beschließen konnte, ist eine gute Nachricht – die Schlechterstellung der Wasserkraft aber nicht nachvollziehbar. Schnellere Verfahren soll es künftig für weitere Industrieprojekte geben.

Im Juni ist es der Regierung gelungen, das Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungs-Gesetz (EABG) mit den Stimmen der Grünen im Nationalrat zu beschließen. Die Bündelung von Zuständigkeiten, klarere Verfahrensabläufe, digitale Prozesse sowie die stärkere Berücksichtigung des überragenden Interesses an Energieinfrastrukturprojekten sind wichtige Schritte, um Investitionen rascher umzusetzen und die Energieversorgung langfristig abzusichern.

Kritisch bewertet die IV jedoch die erneute Verankerung der Klimaneutralität 2040, zehn Jahre früher als unionsrechtlich vorgesehen, im Gesetz. Dieses Ziel geht über die europäischen Vorgaben hinaus und führt zu zusätzlichen Belastungen für den Wirtschafts- und Industriestandort. Zudem lehnt die IV eine Schlechterstellung der Wasserkraft gegenüber anderen erneuerbaren Energieträgern klar ab.

Insgesamt stellt das EABG aus Sicht der IV aber einen wichtigen Schritt zur Stärkung des Wirtschafts- und Industriestandorts Österreich dar. „Wenn es gelingt, die vorgesehenen Verfahrensbeschleunigungen konsequent umzusetzen und Investitionen schneller auf den Boden zu bringen, kann das Gesetz einen wesentlichen Beitrag zu mehr Versorgungssicherheit und zu einer erfolgreichen Energiewende in Österreich leisten“, so IV-Generalsekretär Christoph Neumayer. Es ist auch ein gutes Signal, dass die Regierung ein Schlüsseltechnologie-Beschleunigungsgesetz auf den Weg gebracht hat. Schnellere Verfahren wird dieses vorerst aber nur im Anwendungsbereich der 18 EU-Netto-Null-Technologien bringen. Es bedarf einer Ausweitung auf alle strategisch relevanten Industrieprojekte sowie auch einer umfassenden UVP-Novelle im Sinne deutlich strafferer Verfahren für große Standortprojekte.

Österreich bündelt Kräfte für Green Tech Industry

Mit einer gemeinsamen Absichtserklärung setzen das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft (BMLUK), die IV-Plattform Green Tech Industry sowie das Green Tech Valley ein starkes Signal für die Zukunft der österreichischen Umwelt- und Energietechnologiebranche.

MEHR DAZU:



IV drängt bei Sicherheitspolitik auf Tempo

Es braucht rasche Schritte zur Stärkung der heimischen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie und Tempo bei der Umsetzung der Wehrdienstreform. Die Industrie fordert Tempo, Rechtssicherheit und Planbarkeit.

Die Industriellenvereinigung hat sich in den vergangenen Wochen mit Nachdruck in zwei eng verknüpfte sicherheitspolitische Debatten eingebracht: In einem Brief an Bundeskanzler Christian Stocker und weitere Regierungsmitglieder forderten IV-Präsident Georg Knill, Generalsekretär Christoph Neumayer und Vize-Generalsekretär Peter Koren im Mai rasche legislative Schritte zur Stärkung der heimischen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie. Die heimische Sicherheitswirtschaft steht bereits

heute für über 41.000 Arbeitsplätze; viele davon hoch qualifiziert.

Konkret fordert die IV eine rechtssichere Verankerung von Industriekooperationen im Bundesvergabegesetz, eine Vereinfachung des Exportkontrollrechts, mehr Rechtssicherheit im Neutralitätsrecht sowie klare Rahmenbedingungen für Finanzierung und zivile Drohnenabwehr. Als positives Beispiel verweist die IV auf die Beschaffung der Leonardo-Jets, die mit rund 400 Millionen Euro an industriellen Kooperationen für Österreich verbunden

ist – ein Beleg dafür, dass sicherheitspolitische Beschaffung und nationale Wertschöpfung zusammengehen können.

Auch bei der Wehrdienstreform braucht es nun rasch eine Entscheidung. Im Zentrum steht das Modell „Österreich Plus“ der Wehrdienstkommission: acht Monate Grundwehrdienst, zwei Monate verpflichtende Milizübungen und ein auf zwölf Monate ausgeweiteter Zivildienst. Die IV trägt diese Empfehlungen mit, obwohl sie weiß, dass Betriebe das direkt zu spüren bekommen, etwa wenn

Mitarbeiter zu Milizübungen einberufen werden. Peter Koren brachte die Haltung der IV bei der Pressekonferenz auf den Punkt: Ein Bundesheer ohne Einsatzbereitschaft sei ein konkretes Risiko „für Lieferketten, für Betriebe, für den Wirtschaftsstandort insgesamt“. Die Wirtschaft sei deshalb bereit, ihren Beitrag zu leisten. Im Gegenzug fordert die IV eine bessere Planbarkeit bei Einberufungen, faire Ausgleichsregelungen für Einkommensausfälle sowie die Anerkennung von im Wehrdienst erworbenen Qualifikationen.



„Das wäre unser Ticket zum Mond gewesen“

Carmen Possnig, ESA-Ersatzastronautin und Weltraummedizinerin, spricht über Europas Abhängigkeit im Weltraum, die Schwächen der ESA-Entscheidungsstruktur und Österreichs Rolle in der neuen Welle der Raumfahrt.

Im Vergleich zu den USA und China hat Europa nach wie vor sehr wenige Raketenstarts – 2025 waren es acht in Europa, SpaceX hatte 165 Starts und China 88. Mit der Ariane 6 plant die ESA heuer neun bis zehn Starts. Besteht eine Chance, das aufzuholen?

Carmen Possnig: Was in Europa ein Problem ist: Wir sind zwar sehr gut in Bereichen wie Navigation und Erdbeobachtung, aber wir haben keine Rakete, die zertifiziert ist, Astronauten ins All zu bringen. Und wir haben keine Rakete, die stark genug ist, um aus dem niedrigen Erdborbit hinauszukommen.

Das heißt: Im Erdborbit sind wir durchaus Mitspieler, auch mit Alleinstellungsmerkmalen wie in der Erdbeobachtung. Aber sobald es weiter geht – zum Mond, irgendwann zum Mars –, sind wir vollständig abhängig von anderen Playern. Alles, was die menschliche Erforschung des Weltraums betrifft, und auch der Weg zur internationalen Raumstation, läuft im Moment über die Nasa.

Seit letztem Jahr hat die ESA eine neue Raumfahrtstrategie und will vor allem Kunde sein und Raketen von privaten Industrieunternehmen entwickeln lassen. Sehen Sie eine Chance, dass sich dadurch etwas an unserer Lage als Passagiere im

Rennen um das Weltall ändert?

Das wird sicher nicht in naher Zukunft passieren. Aber im Weltraum ist es wichtig, heute zu investieren, um in zehn Jahren davon zu profitieren. Wenn man jetzt sagt, dass wir nichts investieren und uns weiterhin auf die Nasa verlassen, schaut es in zehn Jahren potenziell schlecht aus.

Mit der Nasa ist es im Moment schwierig: Die Administration wechselt alle vier Jahre, und damit können sich auch die Programme ändern. Der neue Nasa-Direktor hat den Lunar Gateway, die geplante Station im Mondorbit, auf Pause gestellt. Europa hat die Module dafür aber bereits gebaut und ausgeliefert. Das wäre unser Ticket zum Mond gewesen. Und das fällt jetzt plötzlich weg. Es ist gefährlich, sich immer nur auf andere zu verlassen. Irgendwann muss man selbst Autonomie entwickeln.

Welche Potenziale gibt es in Österreich, um bei dieser neuen Welle der Weltraumeroberung eine Rolle zu spielen? Und haben wir dafür die richtigen Grundlagen geschaffen – Stichwort ESA-Budget?

Luft nach oben gibt es immer, gerade beim ESA-Budget. Aber wir haben das Budget beim letzten Ministerial schon deutlich erhöht. Bei Artemis steuerte TTTech die sicherheitskritische Datenkommunikation bei. Österreich ist auch bei anderen

Missionen vertreten, zum Beispiel mit mehreren Instrumenten an Bord der „Juice“-Sonde. Österreich hat eine sehr gute Weltraum-Community, sowohl in der Industrie als auch in der Forschung. Mit einem höheren ESA-Budget könnte man auch bessere Rahmenbedingungen schaffen, damit sich mehr Weltraumindustriefirmen in Österreich ansiedeln.

Was können wir in Österreich im Bereich Bildung tun, damit es in Zukunft noch mehr Astronautinnen und Astronauten aus unserem Land gibt?

Man muss ganz früh ansetzen. Bei Kindergartenkindern, Volksschülern und Jugendlichen sehe ich eine unglaubliche Begeisterung für alles, was mit dem Weltraum zu tun hat. Ich war vor einigen Wochen bei der MINT-Gala in Wien, wo das MINT-Gütesiegel an Kindergärten und Schulen aus ganz Österreich vergeben wurde – das sind externe Reviews, die Bewerbungen sichten und auswählen, wer das Siegel verdient hat; verbunden mit einem Dreijahre-Programm, das die Schule vorlegt, wie sie die Schülerinnen und Schüler für MINT begeistern will. Es war wirklich beeindruckend zu sehen, wie viele Schulen dabei waren und welche Strategien die Lehrerinnen und Lehrer entwickelt haben.



Carmen Possnig ist ESA-Ersatzastronautin und Weltraummedizinerin.

Aktuelles in Kürze

Zehn Jahre MINT-Gütesiegel – vom Experiment zur Erfolgsgeschichte

Was vor zehn Jahren als Experiment begann, ist heute eine der größten Bildungsinitiativen Österreichs“, betonten IV-Vizepräsidentin Patricia Neumann und Bildungsminister Christoph Wiederkehr bei der Jubiläums-MINT-Gala im Haus der Industrie. Bereits 892 Kindergärten und Schulen tragen nunmehr das MINT-Gütesiegel; rund jede siebente Schule engagiert sich damit aktiv für qualitätvollen und begeisternden MINT-Unterricht. Die von der IV initiierte und gemeinsam mit dem Bildungsministerium sowie der PH Wien umgesetzte Initiative verfolgt das Ziel, dem MINT-Fachkräftemangel entgegenzuwirken und Technologieskepsis abzubauen.

Bei der Festgala wurde die zentrale Rolle der MINT-Bildung für Schlüsseltechnologien und die Industriestrategie 2035 hervorgehoben. Die 300 Gäste der Gala waren begeistert und bedankten sich gemeinsam mit ESA-Reserveastronautin Carmen Possnig, der Schauspielerin Katharina Stemberger und der Kabarettistin Caroline Athanasiadis mit einem Ständchen: „Happy Birthday, MINT-Gütesiegel!“

WEB-TIPP:
www.mintschule.at



IV ist Industrial Partner bei den Technology Talks Austria 2026

Von 10. bis 11. September 2026 wird das Wiener Museumsquartier zum Treffpunkt der österreichischen und internationalen FTI-Community: Bei den Technology Talks 2026, die back-to-back mit dem FFG-Forum stattfinden, diskutieren Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Industrie und Wissenschaft unter dem Leitthema

„Empowering Europe: Technological Leadership for a Resilient Future“ darüber, wie Europa seine technologische Führungsrolle stärken kann und welche Bedeutung Forschung, Technologie und Innovation dabei einnehmen. Auch heuer organisiert die IV über den Verein zur Förderung von Forschung und Innovation (vffi) einen Workshop –

dieses Jahr zu „Taking the Quantum Leap – How can Europe become the industrial powerhouse of quantum technologies?“, bei dem hochrangige Gäste aus Europäischer Kommission, Wissenschaft und Wirtschaft diskutieren, welche Maßnahmen es braucht, um Quantentechnologien in Europa zu entwickeln und erfolgreich zu skalieren.

JETZT ANMELDEN:

DAS DOPPELBUDGET IM STRESSTEST DER INDUSTRIE

Zwischen Entlastung und Reformstau: Das Doppelbudget hält für die Industrie einige gute Maßnahmen bereit – gleichzeitig fehlen aber strukturelle Reformen und ein Bündel an Belastungen konterkariert die Ambition, den Wirtschaftsstandort nachhaltig nach vorne zu bringen.

Mit seiner Budgetrede hat Finanzminister Markus Marterbauer das Doppelbudget für 2027 und 2028 vorgestellt: 5,1 Milliarden Euro sollen konsolidiert werden, die Hälfte davon fließt über Mehreinnahmen und Einsparungen in die Konsolidierung, die andere Hälfte in Offensivmaßnahmen. Für die Industrie sind einige gute Maßnahmen enthalten, aber auch neue Belastungen – und an dringend benötigten Strukturmaßnahmen mangelt es nach wie vor.

Die Schuldenquote soll sich bei 83,6 % des BIP (2027) und 83,8 % (2028) zunächst stabilisieren, 2029 aber wieder auf 84,2 % steigen – deutlich besser als frühere Prognosen von über 90 % bis 2031, aber weit von einer echten Trendumkehr entfernt. Der Primärsaldo verbessert sich nur langsam, von minus 2,6 % (2025) auf minus 0,4 % (2031), während die Zinsendienstquote im selben Zeitraum von 1,6 auf 2,5 % steigt. Österreich kauft sich Zeit – aber teuer. Der Fiskalrat mahnte bereits, dass es weitere Anstrengungen im Ausmaß von 5,7 Milliarden Euro brauchen würde,

um das Defizit bis 2028 auch nur auf 3 % des BIPs zu drücken. Um die Schuldenquote zu senken, sei allerdings ein Defizit von 2 % oder weniger notwendig.

Die ignorierten Reform-Baustellen

Entsprechend nüchtern fällt die Bilanz der Industriellenvereinigung aus: „Planungssicherheit ist in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten ein gutes Signal“, sagt IV-Präsident Georg Knill. Ein Budget allein schaffe aber noch kein Wachstum. Dafür brauche es weitreichende Strukturreformen, die Spielräume schaffen; und die bleiben weiterhin aus. „Es ist richtig, dass die Regierung die Staatsfinanzen stabilisieren will. Von einer echten Budgetsanierung kann aber noch keine Rede sein. Eine Defizitquote von rund 3 % darf nicht das Ziel sein – Ziel muss ein ausgeglichener Haushalt sein. Dafür braucht es deutlich ambitioniertere Reformschritte auf der Ausgabenseite“, so Knill. Was fehlt, sind die großen Reformen: Pensionen, Bildung, Verwaltung,

Föderalismus – keine dieser Baustellen greift das Doppelbudget grundsätzlich an.

Auf der Habenseite verbucht die Industrie vor allem die Senkung der Lohnnebenkosten: Der Dienstgeberbeitrag zum Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) sinkt ab 2028 von 3,7 auf 2,7 %, ein Volumen von rund zwei Milliarden Euro. Hinzu kommen die budgetäre Absicherung von Industriestrompreis und Strompreiskompensation SAG plus mit insgesamt 250 Millionen Euro jährlich, ein abgesicherter FTI-Pakt für Grundlagen- und angewandte Forschung sowie Investitionen in die Elementarpädagogik. „Die Senkung der Lohnnebenkosten ist ein richtiger und wichtiger Schritt“, sagt Knill – auch wenn sie später kommt als ursprünglich angekündigt und Österreich bei den Lohnnebenkosten weiterhin zu den Hochkostenstandorten Europas zählt. Das in der Industriestrategie verankerte Ziel einer Senkung um insgesamt 3,7 Prozentpunkte müsse daher konsequent weiterverfolgt werden.



PROGRESSIVE KÖST:
23 % → 24 %
FÜR GEWINNE > 1 MIO. €
200 / 350 Mio. € (2027 / 2028)
Systemwidrig, unbefristet.

VERLÄNGERUNG ERHÖHTE
BANKENABGABE BIS 2029
280 / 320 / 90 Mio. €
(2027 / '28 / '29)
Schwächt Kreditvergabe-
fähigkeit der Institute.

NEUE ALV-DIENSTGEBER-
BEITRÄGE FÜR
BESCHÄFTIGTE 63+
142 / 166 Mio. € (2027/2028)
Verteuert Beschäftigung älterer
Arbeitnehmer.

WIEDEREINFÜHRUNG
FLAF-BEITRAG FÜR
ERWERBSTÄTIGE 60+
500 Mio. € (2028)
Widerspricht Ziel „Beschäftigung
Älterer fördern“.

EINSCHRÄNKUNG
INVESTITIONSBEDINGTER
GEWINNFREIBETRAG
200 Mio. €
Faktischer Nachteil für KMU/
Personengesellschaften.

ANHEBUNG HÖCHST-
BEITRAGSGRUNDLAGE
228,8 / 287,7 Mio. €
(2027 / 2028)
Trifft Industriebeschäftigte
überproportional.

KÜRZUNGEN
FFG-BASISPROGRAMME
bis 62,8 Mio. €
Schwächt zentrale
Forschungsförderung.

ERHÖHUNG IMMOBILIEN-
ERTRAGSTEUER
ALTGRUNDSTÜCKE
100 / 120 Mio. €
Belastet Bestandsimmobilien.

SACHBEZUG FÜR
E-DIENSTWAGEN
110 / 190 Mio. € (2027 / 2028)
Neue Belastung für
Unternehmen und Mitarbeiter.

Falsche Signale an Investoren

Der Haken an der Sache: Finanziert wird die Entlastung überwiegend durch neue Belastungen für genau jene Unternehmen, die sie eigentlich entlasten soll. Die Körperschaftsteuer steigt für Gewinne über einer Million Euro von 23 auf 24 %, mit einer Progression, die laut IV systemwidrig ist und Wachstum bestraft. Die erhöhte Bankenabgabe wird bis 2029 verlängert, die Immobilienertragsteuer auf Altgrundstücke und der Sachbezug für E-Dienstwagen steigen ebenfalls. „Leistung, Erfolg und Investitionen müssen belohnt und dürfen nicht bestraft werden“, bringt es Knill auf den Punkt. Die progressive Körperschaftsteuer schwäche die internationale Wettbewerbsfähigkeit und sende ein falsches Signal an Investoren.

Mit dem FLAF-Beitrag für Erwerbstätige über 60 Jahren und neuen Arbeitslosenversicherungsbeiträgen für Beschäftigte ab 63 Jahren – zusammen rund 650 Millionen Euro Mehrbelastung bis 2028 – konterkariert das Budget das erklärte Ziel der Bundesregierung, die Beschäftigung Älterer zu fördern. Hinzu kommt die außerordentliche Anhebung der Höchstbeitragsgrundlage um 150 Euro (2027) und 50 Euro (2028) monatlich, die laut IV die ohnehin unterdurchschnittlich von Lohnanpassungen profitierenden Industriebeschäftigten zusätzlich trifft. „Wer einerseits die Beschäftigung Älterer erhöhen will und andererseits die Beschäftigung dieser Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für Unternehmen verteuert, setzt widersprüchliche Anreize. Diese Maßnahmen sollten überdacht werden“, sagt IV-Generalsekretär Christoph Neumayer.

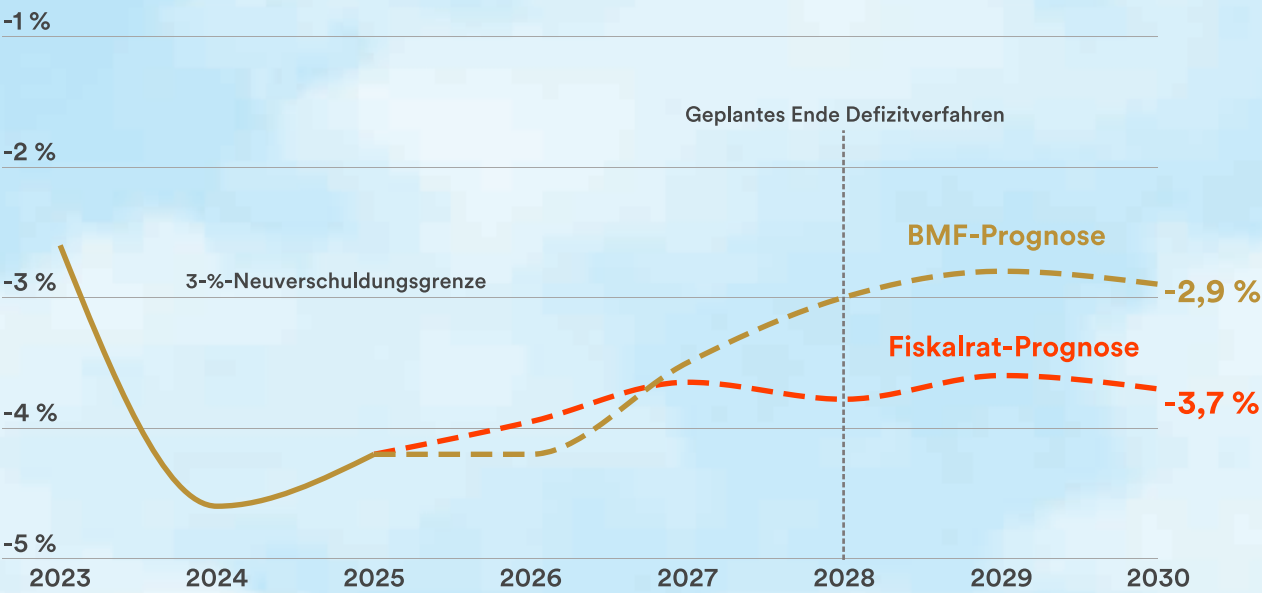
Strukturell bleibt damit ein Grundproblem ungelöst: das Missverhältnis zwischen Einnahmen- und Ausgabenseite. Die IV hält in ihrer Stellungnahme zum Budgetbegleitgesetz fest, dass die vorgesehenen Maßnahmen nahezu ausschließlich auf der Einnahmenseite ansetzen, während strukturierte und nachhaltige Ausgabenreduktionen fehlen. Bei einer Abgabenquote von 44,3 % im Jahr 2025 – einer der höchsten weltweit – wäre genau das umso dringlicher.

Gute Nachrichten in der Bildung

Eine gute Nachricht ist, dass für zentrale Zukunftsbereiche im Bildungssystem gezielt zusätzliche Mittel bereitgestellt werden. Das Offensivpaket Bildung – mit dem Ausbau der Elementarpädagogik, des zweiten verpflichtenden Kindergartenjahrs, ganztägiger Schulformen und des psychosozialen Supports – wird mit 130 Millionen Euro im Jahr 2027 und ab 2028 mit jährlich 210 Mio. Euro dotiert und stärkt als klare IV-Priorität die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und damit das Arbeitskräfteangebot, die frühe Kinderbildung, die Produktivität und damit den Standort sowie die Fachkräftesicherung.

DEFIZIT: ZUSÄTZLICHE MASSNAHMEN NÖTIG?

Budgetdefizit in Prozent des BIP, 2023 bis 2030



Die IV wird in den parlamentarischen Verhandlungen weiterhin Maßnahmen zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts einfordern: bessere Abschreibungsmöglichkeiten für Investitionen in Digitalisierung, Dekarbonisierung und Schlüsseltechnologien, eine steuerliche Stärkung von Eigenkapital sowie eine ausreichende Dotierung zukunftsrelevanter Programme wie IPCEI Advanced Semiconductor Technologies, für das laut Bedarfserhebung rund 400 Millionen Euro fehlen.

Am Ende bleibt ein Doppelbudget, das der Industrie auf der einen Seite mehr Luft zum Atmen verschafft, während auf der anderen Seite neue Belastungen stehen, ohne die Wirtschaft von ihrer strukturellen Last zu befreien. Für die Industrie ist das ein erster Schritt – und zugleich der Beweis, dass die eigentliche Reformarbeit erst beginnt.



Welche Hochschulen braucht Österreich im Jahr 2040?

Ein Round Table zum Thema „Smarte Hochschulen“ beleuchtete, was es braucht, damit Österreich in der oberen Liga der Innovationsleader mitspielen kann.

Ein Round Table von IV und WKO ging am 8. Juni der Frage „Welche Hochschulen braucht Österreich 2040?“ nach. Im Fokus standen dabei zentrale Herausforderungen der Hochschulstrategie 2040: 77 Hochschulen, rund 3.600 Studienangebote und 360.000 Studierende bei gut neun Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern – ein System mit zu wenig Fokus und nicht ausgeschöpftem Potenzial, um in der oberen Liga der Innovationsleader mitzuwirken.

Die Kennzahlen sprechen für Reformbedarf: Nur 21% der Studierenden schließen ihr Bachelorstudium in Regelstudienzeit ab (OECD: 43%), das Durchschnittsalter liegt bei 27 Jahren, die Unsicherheit bei der Studienwahl steigt;

Wissenschafts- und Technologietransfer sind ausbaufähig. Gleichzeitig gibt es Doppelgleisigkeiten in der Lehre, d. h., es fehlen abgestimmte und durchgängig praxisnahe Studienangebote.

Aus Sicht der Industrie braucht Österreich ein profilstarkes Hochschulsystem, das international sichtbar, attraktiv und konkurrenzfähig ist, um hoch Qualifizierte für den Standort Österreich anzuziehen und auch zu halten.

Die Impulsgeberinnen und Impulsgeber – darunter Therese Niss (Vorsitzende des IV-Bildungsausschusses, MIBA AG), Reinhard Schretter (Universitätsratsvorsitzender der Uni Innsbruck), Julian Hadschieff (Humanocare Group) sowie Robert-Jan

Smits (ehem. Präsident der TU Eindhoven) und Thomas Henzinger (FORWIT) – skizzierten klare Prioritäten: klare Hochschulprofile, weniger Fragmentierung durch strategische Allianzen und eine konsequente Ausrichtung am Arbeitsmarkt. Ergänzt um Wettbewerb, Wissens- und

Technologietransfer und Internationalisierung kann so ein Hochschulsystem entstehen, das Wirkung entfaltet. Die IV wird sich auch weiterhin in den Hochschulstrategieprozess 2040 des Bundesministeriums für Frauen, Wissenschaft und Forschung aktiv einbringen!



Mehr Expertise für Aufsichtsräte

In der bereits vierten Runde stellt sich das IV-Sparringprogramm Netzwerk Aufsichtsrat erneut der Aufgabe, den Frauenanteil in Aufsichtsräten nachhaltig zu erhöhen.

Das IV-Sparringprogramm Netzwerk Aufsichtsrat startet in die vierte Runde und setzt ein klares Zeichen für mehr Qualität, Professionalität und Diversität in Österreichs Aufsichtsräten. Leistungsfähige und gut vernetzte Gremien sind ein zentraler Erfolgsfaktor für die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts. Ziel des Programms ist es, den Frauenanteil in Aufsichtsräten nachhaltig zu erhöhen und qualifizierte Kandidatinnen auf ihrem Weg zum ersten Mandat gezielt zu unterstützen.

Im Fokus steht ein praxisorientierter Ansatz: Erfahrene Aufsichtsrätinnen und



-räte bilden 1:1-Tandems mit potenziellen Mandatarinnen und ermöglichen einen intensiven Austausch auf Augenhöhe. Dadurch werden Wissen, Erfahrungen und Netzwerke gezielt weitergegeben und gestärkt. Angesichts steigender regulatorischer Anforderungen gewinnen Professionalität, gute Governance und kontinuierliche Weiterbildung zunehmend an Bedeutung.

Mit 15 Tandems ist der aktuelle Durchgang gestartet. Initiatorin Sabine Herlitschka betont dabei das klare Ziel, konkrete Ergebnisse zu erzielen und Diversität in Aufsichtsräten nachhaltig zu verankern.

Allianzen in einer neuen Weltordnung

Der diesjährige Salzburg Summit rückt Partnerschaften ins Zentrum, mit denen Europa seine Zukunft gestalten will. Highlights sind Auftritte des ehemaligen US-Außenministers Antony Blinken sowie des früheren kanadischen Premierministers Justin Trudeau.



Von 22. bis 24. Juli treffen sich hochrangige Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft wieder zum Salzburg Summit der Industriellenvereinigung. Die diesjährige Ausgabe steht unter dem Motto „Alliances in a New Global Order“ und fragt, mit welchen Partnern Europa seine Zukunft gestalten will. Geopolitik ist heute keine Außenpolitik mehr, sondern Standortpolitik.

Das Programm verbindet die große geopolitische Perspektive mit konkreten Fragen für Wirtschaft und Industrie.

Highlights sind Auftritte des ehemaligen US-Außenministers Antony Blinken sowie des früheren kanadischen Premierministers Justin Trudeau, der als Mitgestalter von CETA für verlässliche transatlantische Partnerschaften steht. Diskutiert werden Europas Handlungsfähigkeit in Sicherheit, Industriepolitik und Migration ebenso wie Zukunftsfelder wie Energie, künstliche Intelligenz, Defense und Life Sciences.

In den Deep Dives gehen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer bewusst tiefer; in kleineren, teils vertraulichen Formaten, die offene Debatten mit Gestalterinnen

und Gestaltern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik ermöglichen. Der Salzburg Summit hat sich damit als internationale Plattform etabliert – als ein Ort, an dem über Europas wirtschaftliche und geopolitische Zukunft nicht nur gesprochen, sondern weitergedacht wird.

**WEITERE
INFOS:**
salzburgsummit.com



JI-Sommerwochenende 2026 in der Wachau

Begegnung, Austausch und neue Impulse in Niederösterreich.

Das JI-Sommerwochenende 2026 führte die Junge Industrie dieses Jahr in die Wachau. Rund 50 Mitglieder aus ganz Österreich kamen Mitte Juni zusammen, um gemeinsame Tage zwischen strategischer Weiterentwicklung, neuen Impulsen und persönlichen Begegnungen zu verbringen. Zwischen gemeinsamen Programmpunkten entstand dabei Raum für Vernetzung über Bundesländergrenzen hinweg.



Gemeinsamer Ausklang des ersten Tags beim Abendessen in Dürnstein.



Zillenfahrt auf der Donau in der Wachau.



Teilnehmerinnen und Teilnehmer des JI-Sommerwochenendes 2026

Bereits am Freitagvormittag tagte der Bundesvorstand der Jungen Industrie. Im Anschluss fand der diesjährige Leaders Circle statt, bei dem die strategische und inhaltliche Neuausrichtung der Jungen Industrie im Mittelpunkt stand. Als besonderer Gast brachte Stephan Zöchling zusätzliche Perspektiven und neue Denkanstöße in die Diskussion ein und lieferte wertvolle Inputs zu Unternehmertum, Industrie und aktuellen wirtschaftspolitischen Entwicklungen.

Den offiziellen Auftakt des JI-Sommerwochenendes bildete die Betriebsbesichtigung bei Winzer Krems. Vor Ort wurde sichtbar, wie traditionelle Strukturen und moderne Unternehmensführung erfolgreich zusammenspielen. Das Programm führte die Mitglieder dann weiter nach Dürnstein, wo der erste Tag bei einem gemeinsamen Abendessen in entspannter Atmosphäre ausklang. Der Abend wurde vor allem für persönliche Gespräche und neue Begegnungen innerhalb der JI genutzt.

Der Samstag bot eine gelungene Mischung aus inhaltlichem Austausch und gemeinsamen Erlebnissen. Anna Marton teilte in ihrem Impulsvortrag persönliche Einblicke in ihren beruflichen Werdegang und ihre Erfahrungen im Umgang mit aktuellen Herausforderungen der Arbeitswelt. Ein herzliches Dankeschön gilt an dieser Stelle der JI-Niederösterreich/Burgenland, die diesen besonderen Programmpunkt ermöglicht hat!

Ein weiteres Highlight des Tages war die gemeinsame Wanderung am Loibenberg, bei der die Mitglieder die malerische Landschaft der Wachau erleben und den gemeinsamen Austausch weiter vertiefen konnten. Anschließend ging es mit Zillen, den traditionellen Booten der Wachau, auf die Donau, bevor der Abend bei der Wachauer Sommwendfeier seinen Ausklang fand. Für viele Teilnehmende zählte dabei vor allem das Feuerwerk zu den besonderen Momenten des Wochenendes.

Auch abseits des offiziellen Programms wurde deutlich, was das JI-Sommerwochenende seit vielen Jahren auszeichnet: der persönliche Austausch zwischen engagierten Mitgliedern aus ganz Österreich. Formate wie dieses stärken das österreichweite Netzwerk, fördern neue Ideen und schaffen Raum für aktive Mitgestaltung innerhalb der Organisation.

Ein besonderer Dank gilt dem Sponsor GrECo sowie der JI-Niederösterreich/Burgenland für ihre Unterstützung des JI-Sommerwochenendes 2026!



DIE RECHNUNG LANDET BEI UNS

Stellen wir uns Österreich für einen Moment als Unternehmen vor. Die Kosten steigen, die Wettbewerbsfähigkeit gerät unter Druck und notwendige Reformen werden verschoben. In jedem Unternehmen wäre längst klar, dass es so nicht weitergehen kann.

In Österreich verlaufen diese Debatten oft anders: Statt über die großen Herausforderungen von morgen wird häufig über die Konflikte von heute diskutiert. Dabei betrifft vieles, worüber heute entschieden wird, vor allem jene Generation, die die Konsequenzen noch jahrzehntelang tragen wird: die junge Generation.

Gerade deshalb braucht es mehr Austausch zwischen jungen Stimmen aus Politik, Wirtschaft und Sozialpartnerschaft. Nicht, weil überall dieselbe Meinung herrschen muss; sondern weil wir gemeinsam Verantwortung für die Zukunft unseres Landes übernehmen müssen.

In den vergangenen Wochen durfte ich zahlreiche Gespräche mit Jugendorganisationen, jungen Sozialpartnern und politischen Vertreterinnen und Vertretern führen. Die Zugänge sind unterschiedlich, die Perspektiven oft ebenso. Und das ist auch gut so: Wer die Zukunft unseres Landes sichern will, braucht keine Einheitsmeinung, sondern die Bereitschaft, unterschiedliche Sichtweisen an einen Tisch zu bringen.

Vor allem beim Thema Generationengerechtigkeit können wir es uns nicht länger leisten, schwierige Debatten aufzuschieben. Die Rechnung landet am Ende ohnehin bei jener Generation, die heute noch viel zu selten im Mittelpunkt politischer Entscheidungen steht.

Das gilt besonders für unser Pensionssystem: Immer weniger Erwerbstätige finanzieren die Pensionen von immer mehr Menschen – trotzdem wird jede Diskussion über Reformen oft behandelt, als wäre sie politisch unzumutbar. Dabei ist das Gegenteil der Fall: Unzumutbar ist es, notwendige Entscheidungen immer weiter in die Zukunft zu verschieben.

Die Gespräche haben gezeigt, dass es bei den großen Zukunftsfragen oft mehr Gemeinsamkeiten gibt, als man auf den ersten Blick vermuten würde. Denn am Ende geht es nicht darum, in allen Fragen derselben Meinung zu sein – es geht darum, gemeinsam Verantwortung für jene Zukunft zu übernehmen, die wir eines Tages gestalten, finanzieren und tragen werden.

Umso wichtiger ist es, dass wir miteinander sprechen – nicht übereinander. Und nicht erst dann, wenn die Probleme noch größer geworden sind.

Eduard Fröschl,
Bundesvorsitzender der Jungen Industrie



Pochtler: „Wir brauchen einen nationalen Schulterschluss!“

Die IV-Wien hatte zum Sommerfest in den Erste Campus geladen – über 600 Mitglieder und Freunde der IV-Wien folgten der Einladung. Die Keynote lieferte Wirtschaftsminister Wolfgang Hattmannsdorfer.

Heimische Industrieunternehmen seien, den schwierigen Rahmenbedingungen zum Trotz, nach wie vor am Weltmarkt erfolgreich, wie der Präsident der IV-Wien, Christian C. Pochtler, in seiner Eröffnungsrede betonte: „Die österreichische Industrie hat ihre Hausaufgaben gemacht und sie macht sie jeden Tag aufs Neue.“ Viele Unternehmen würden Ihre Geschäftsmodelle transformieren. „Sie digitalisieren, sie führen künstliche Intelligenz ein, sie internationalisieren, sie steigern ihre Produktivität, sie setzen Nachhaltigkeitsziele um und sie investieren massiv in Innovation. Unsere Unternehmen wissen: Stillstand bedeutet Rückschritt“, wie Pochtler betonte. Veränderung sei aber eben nicht nur in der Welt der Unternehmen wichtig, so der Präsident; auch die Politik müsse alles tun, um den Staat und seine Strukturen an die Notwendigkeiten der Zeit zu adaptieren – denn „die größte Gefahr unserer Zeit ist nicht die Veränderung. Die größte Gefahr ist die Vorstellung, wir könnten ohne Veränderung auskommen“. Unternehmen wüssten dies – und daher „dürfen wir

von der Politik etwas verlangen, das Unternehmer jeden Tag benötigen: Mut.“ Es brauche keine Sonderbehandlungen oder Dauersubventionen, es brauche nur Rahmenbedingungen, die Leistung ermöglichen statt erschweren, wie der Präsident ausführte: „Daher brauchen wir jetzt einen nationalen Schulterschluss. Nicht der eine gegen den anderen, nicht alle gegeneinander, sondern alle gemeinsam! Nicht der kleinste gemeinsame Nenner, sondern das größte gemeinsame Vielfache ist jetzt gefragt! Einzeln untergehen oder gemeinsam gewinnen.“ Unter

diesem Gesichtspunkt sei das vorgelegte Doppelbudget unambitioniert, da strukturelle Reformen einmal mehr auf die lange Bank geschoben wurden. Hier müsse sich vor allem auch am Mindset etwas ändern, denn „die Zukunft gehört jenen Gesellschaften, die bereit sind, zu lernen, sich anzupassen und Neues zu wagen“.

Hattmannsdorfer: Industrie stärken, Wohlstand sichern
Wirtschaftsminister Wolfgang Hattmannsdorfer bedankte sich bei den anwesenden Spitzenvertretern aus Wirtschaft und Industrie zu Beginn seiner Keynote „für ihr

Engagement für den Wirtschafts- und den Industriestandort“. Es sei ihm „sehr bewusst, was die Industrie tagtäglich leistet; dass die Industrie der Grund ist, warum wir in Österreich noch Wohlstand haben“. Hier habe Präsident Pochtler einen „ganz entscheidenden Punkt angesprochen: Das Allerwichtigste ist die Frage des Mindsets, und da sitzen wir im gleichen Boot – das Wirtschaftsministerium, die Bundesregierung und die Industriellenvereinigung.“ Man müsse alles daran setzen, dass Fleiß, Leistung und Wettbewerb wieder „ganz oben auf die Agenda“ kommen, so Hattmannsdorfer. Daher sei er





Beginnen wir einmal positiv: Anfang Juni hatten wir zu unserem Sommerfest ge- laden – und wie sich dort wieder einmal gezeigt hat: Immerhin haben wir mit un- serem Wirtschaftsminister Wolfgang Hatt- mannsdorfer einen absoluten Fürsprecher für Leistung, für Ambition und für den Wirtschaftsstandort. So weit, so gut. Das Problem aber ist tatsächlich, dass er einer der wenigen zu sein scheint, die verstanden haben, dass es ohne eine Rückbesinnung auf die Prinzipien der sozialen Marktwirt- schaft – und Leistung war hier immer der zentrale Bestandteil – nicht gehen wird.

Nun, mir ist klar, wir haben eine Koali- tionsregierung, die aus drei Parteien be- steht; drei Parteien, die bei vielen Themen ideologisch meilenweit auseinanderliegen. Klar ist somit, dass es immer auch Kom- promisse geben muss. Aber hätte man sich nicht mehr erwarten dürfen, eigentlich müssen? Diese Bundesregierung stand von Anfang an vor einer Mammutaufgabe, der nachhaltigen Konsolidierung des Bundeshaushalts. Die Betonung liegt auf

„nachhaltig“ – aber genau das ist nun wie- der einmal nicht gelungen.

Dabei wären die Voraussetzungen so gut wie selten gewesen: keine Wahlen, die für Querschüsse sorgen könnten, und eine Bevölkerung, die wohl kaum jemals so bereit war für Veränderung. Denn das Einzige, was in der heimischen Politik seit Jahren wächst, sind die Nichtwähler. Seit Langem wird beklagt, dass sich immer mehr Menschen von der Politik abwen- den. Aber seien wir uns ehrlich: Würden Sie irgendeiner derzeit im Nationalrat vertretenen Partei zutrauen, unseren Staat mit Strukturreformen fit für das 21. Jahrhundert zu machen? Eben ...

Und genau hier liegt das Problem: Wir versuchen nach wie vor, die Herausfor- derungen unserer Zeit mit politischen Ideen und Konzepten des vorigen Jahrhunderts zu lösen. Scheinbar kann sich keine Seite von ihrem geerbten ideologischen Kor- sett befreien. Politische Debatten finden mittlerweile meist nur mehr auf dem

DAS LETZTE AUFGEBOT?

Das von der Bundesregierung vorgelegte Doppelbudget zeigt, dass man die Hoffnung auf echte Reformen in diesem Land begraben kann. Doch begeistert diese typisch österreichische Politik des Klein-Klein noch irgendwen?

DEBATTE

Teilen Sie uns Ihre Meinung mit – via E-Mail an debatte@iv.at.

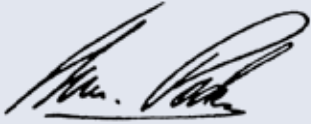
Niveau von Schlagzeilen statt, jeder nur mehr darauf bedacht, seinen „Sager“ los- zuwerden, seine „Klientel“ zu bedienen.

Das große Ganze, das Big Picture, wird hingegen selten diskutiert. Ein Staat, der Jahr für Jahr 20 Prozent mehr ausgibt, als er einnimmt – glaubt irgendwer, ein biss- chen schrauben hier, ein bisschen sparen dort wird noch ausreichen? Wenig über- raschend waren sich daher auch fast alle Experten einig, dass dieses Doppelbudget wohl nur schwerlich zwei Jahre wird hal- ten können. Und was dann?

2029 wird jedenfalls wieder gewählt. Welche Argumente werden die Parteien dieser Bundesregierung dann haben, um Wähler anzuziehen? Oder die Opposi- tionsparteien? Noch ist es niemandem gelungen, aus den alten, viel begangenen Pfaden auszubrechen. Dabei bin ich über- zeugt, dass demjenigen, der es schafft, eine „neue Mitte“ zu besetzen, eine neue, andere, ehrliche Politik zu verfolgen und glaubhaft zu vertreten, auch die Wähler- stimmen zufliegen würden.

zugegebenermaßen immensen Heraus- forderungen vollkommen ratlos. Wäre Österreich in der Vergangenheit nicht so erfolgreich gewesen, dass wir nach wie vor zu den reichsten Ländern der Welt zählen; hätten wir nicht noch immer Unternehmen, die den Rahmenbedingungen zum Trotz weiter erfolgreich am Weltmarkt reüssieren – wo stünden wir dann? Nicht auszumalen!

Die Industrie, die Wirtschaft – wir haben unsere Hausaufgaben gemacht; haben uns neu aufgestellt, innoviert, digitalisiert, nutzen die KI-Revolution, erfinden uns fast täglich neu. Das verlangt Mut und Ent- scheidungsfreudigkeit. Anders kann man im internationalen Wettbewerb schon lan- ge nicht mehr bestehen. Und das ist eigent- lich auch alles, was wir nun von der Politik erwarten und verlangen: eine Portion Mut und das Bewusstsein, dass man manchmal Entscheidungen einfach treffen muss – auch wenn sie kurzfristig wehtun mögen. Manchmal führt „Weiter wie bisher!“ direkt in den Abgrund. Erleben wir das letzte Aufgebot der österreichischen Poli- tik? Oder wird irgendwer irgendwann den Finger auf die Wunde legen und endlich sagen: „So geht es nicht mehr weiter!“?



Christian C. Pochtler, Präsident der IV-Wien

auch froh, dass es „miteinander gelungen ist, dass wir erstmals als Bundesregierung einen klaren industriepolitischen Fahr- plan vorgelegt haben. Zum ersten Mal in der Geschichte der Republik gibt es eine Industriestrategie.“ Vor allem stehe hinter der Strategie auch eine klare Ambition, so

der Wirtschaftsminister: „Wir wollen bis 2035 wieder eine Top-Ten-Industrienation dieser Welt werden! Und wir wollen, zwei- tens, den Anteil der Industrie am BIP von derzeit 16 Prozent wieder auf 20 Prozent steigern, weil nur das auf Dauer auch un- seren Wohlstand absichern kann.“



1.

Bundesminister Wolfgang Hattmanns- dorfer bedankte sich bei Präsident Christian C. Pochtler für seine immer „deutliche, aber konstruktive Kritik“.
2.

BM Wolfgang Hattmannsdorfer, StS Michaela Schmidt, Präsident Chris- tian C. Pochtler und StS Sepp Schellhorn.
3.

BM Hattmannsdorfer und Präsident Pochtler mit IV-Präsident Georg Knill.
4.

IV-Wien-Geschäftsführer Johannes Höhrhan begrüßte die zahlreichen Ehrengäste am Erste Campus.
5.

Präsident Pochtler mit IV-Wien Vize-Präsidentin Ursula Simacek.
6.

Post-Vorstandsmitglied Peter Umundum mit Präsident Pochtler und IV-Vize- Präsidentin Patricia Neumann.
7.

Viel Prominenz und volle Aufmerk- samkeit beim Auftakt zum Sommerfest der IV-Wien.
8.

IV-Vorarlberg-Präsident Elmar Hart- mann, Antonella Mei-Pochtler, JI- Vorsitzender Edi Fröschl Jr. und Chris- tian C. Pochtler
9.

AMS-Chef Johannes Kopf, BM Hattmannsdorfer, Antonella Mei- Pochtler, Christian C. Pochtler und Chiara Pochtler.



Strukturelle Reformen: Fehlanzeige

Die letzte Vorstandssitzung der IV-Wien vor dem Sommer brachte für die Mitglieder Mitte Mai ein standortpolitisches Wechselbad der Gefühle.

In seiner Einleitung gab Präsident Christian C. Pochtler einen Überblick über die aktuellen Herausforderungen in der österreichischen Innenpolitik, wobei sein Verdikt nicht sonderlich erfreulich ausfiel, etwa mit Blick auf das im Vorfeld vorgestellte Doppelbudget der Bundesregierung: „Insgesamt ist das Doppelbudget enttäuschend, denn es zeigt sehr deutlich, dass diese Bundesregierung es für die gesamte Legislaturperiode aufgegeben hat, strukturelle Reformen einzuleiten und umzusetzen. Es drohen einmal mehr verlorene Jahre!“ Ein Beispiel von vielen sei hierbei eine Reform des Pensionssystems; laut Pochtler „die Mutter aller Reformen“, wenn man diese auch dazu nutzen würde, die zweite und dritte Säule sowie damit den Kapitalmarkt zu stärken. Doch selbst bei an und für sich guten Ansätzen, wie etwa der Absenkung der Lohnnebenkosten, gebe es mehr als genug Grund für Kritik: „De facto zahlen sich die Unternehmen diese Lohnnebenkostensenkung selbst, etwa über die progressive Körperschaftsteuer für Unternehmen.“

Zudem sei diese Bundesregierung mit dem Versprechen angetreten, die Praxis des „Gold-Plating“, also der Übererfüllung

europäischer Vorschriften, abzuschaffen. Nun drohe aber etwa im Fall der EU-Entgelttransparenzrichtlinie das genaue Gegenteil, wie Präsident Pochtler ausführte. So sollen Arbeitnehmer jederzeit, auf reinen Verdacht hin, klagen können. Die entsprechenden Kosten sollen die Unternehmen tragen. Hier brauche es dringend ein „Stop the Clock“-Verfahren auf EU-Ebene. Zu Beginn der Legislaturperiode habe es außerdem geheißt, die Budgetkonsolidierung solle zumindest zu zwei Dritteln ausgaben-seitig erfolgen; stattdessen würden immer neue Belastungen eingeführt oder bestehende erhöht, wie Pochtler kritisierte.

Sinkende Bedeutung Europas

Ebenso ernüchternd begann im Anschluss der Vortrag von IV-Chefökonom Christian Helmenstein: Globales Wachstum finde zunehmend außerhalb Europas, vor allem in Afrika, statt. In einem Ranking nach der jeweiligen Wachstumsperspektive von 191 Ländern liege China nur mehr auf Rang 55, die USA lägen auf Rang 150. Österreich und Deutschland landen gar auf den Rängen 184 bzw. 185. Die klare Verschiebung der wirtschaftlichen Machtzentren zeige sich auch daran deutlich, dass China nunmehr für fast 31 Prozent

der globalen industriellen Wertschöpfung stehe – gleich viel wie die USA (15 Prozent) und Europa (16 Prozent) zusammen. Helmenstein sah aber dennoch auch Gründe für vorsichtigen Optimismus: So würden derzeit alle Haupthandelspartner Österreichs eine positive BIP-Änderung aufweisen; und auch in Österreich würden aktuell alle Wirtschaftsbereiche einen zwar geringen, aber dennoch positiven Wachstumsbeitrag leisten.

Zwiegespalten waren abschließend auch die Ausführungen von Oliver Holle, CEO und Managing Partner bei Speedinvest: So führte Holle eingangs aus, wie sich der Venture-Capital-Markt aktuell entwickle.

Derzeit seien vor allem zwei Themen dominant, KI sowie Robotics. Hierhin fließe das meiste Risikokapital. Die USA seien klar führend, China und Europa im Rückstand. Dennoch sei Europa keineswegs chancenlos, so Holle: So gebe es mehr Gründungen und eine starke Forschungsbasis. Erfolgreiche Scaleups würden inzwischen zudem Folgeerfolge generieren, wie Holle betonte: „Success breeds success.“ Europa hätte seiner Meinung nach die Chance, sich als „neutraler“ Innovationsstandort zwischen den USA und China zu positionieren. Auch Österreich habe hier die besten Voraussetzungen – allerdings brauche es hierfür in ganz Europa dringend eine Stärkung des Kapitalmarkts, so Holle.



Präsident Christian C. Pochtler mit dem CEO von Speedinvest, Oliver Holle.



IV-Chefökonom Christian Helmenstein zeigte auf, wo es in der Zukunft die größten Wachstumspotenziale in der Welt gibt.

INDUSTRIE ERLEBEN BEI WELSER PROFILE

Die Junge Industrie Wien zu Gast in Ybbsitz – zwischen Hochleistungsproduktion und glühendem Stahl.

Was 1664 als einfache Schmiede im niederösterreichischen Ybbsitz begann, ist heute ein Industrieunternehmen, das mit 2.400 Mitarbeitern an fünf Produktionsstandorten in Österreich, Deutschland und den USA einen Jahresumsatz von 811 Millionen Euro erwirtschaftet. Über 25.200 verschiedene Querschnitte – von der Küchenlade bis zum Eisenbahnwaggon – zeugen von der Bandbreite, für die Welser Profile heute steht. Kürzlich öffnete das Unternehmen die Werkstore für die Junge Industrie Wien.

Den Auftakt machte ein Gespräch mit Sophia Welser (Vorstandsmitglied der JI-Wien) und Group-CFO Nicolas Longin. Dabei wurde deutlich, wie das Unternehmen den Spagat meistert: konsequente Internationalisierung und technologische Weiterentwicklung – und gleichzeitig der

Anspruch, ein Familienunternehmen zu bleiben. Welser Profile denkt dabei erklärtermaßen in Generationen, nicht in Quartalen. Rund 55 Millionen Euro investiert das Unternehmen jährlich in seine Standorte und Anlagen, ein klares Bekenntnis zu langfristigem Wachstum. Bei der Werksführung in Gresten wurde sichtbar, was moderne Industrie heute bedeutet. Das Werk erstreckt sich über eine Betriebsfläche von 220.000 Quadratmetern und verarbeitet täglich bis zu 1.000 Tonnen Stahl. Pro Woche entstehen allein zwei Millionen Schubladen-Profilteile, und das in einem Automatisierungsgrad, der diese Mengen erst möglich macht. Ein weiterer Schwerpunkt der Besichtigung lag auf dem Technologiezentrum, in dem Werkzeuge entwickelt und Prozesse laufend weiter optimiert werden. Das stärkste Bild des Abends lieferte die histo-

rische Schmiede: Wer selbst zum Hammer greift und Stahl unter Hitze in Form bringt, versteht auf einen Schlag, was hinter einem Werkstoff steckt, der heute industriell auf höchstem Niveau verarbeitet wird. Der Kontrast zwischen glühender Esse und voll automatisierter Fertigungslinie machte den Bogen von 1664 bis heute greifbarer als jede Präsentation. Der Besuch bei Welser Profile zeigte eindrucksvoll, wie industrielle Tra-

dition und moderne Technologien zusammenwirken, von der historischen Schmiede bis zur globalen Serienproduktion.

Ein herzlicher Dank gilt Sophia Welser, Nicolas Longin und dem gesamten Team vor Ort für die spannenden Einblicke und den offenen Austausch! Unser Fazit: Industrie versteht man am besten, wenn man sie selbst erlebt.



WIENER STRATEGIEFORUM 2026

Patricia Neumann rief in ihrer Eröffnung zu einem breiten Schulterschluss in Österreich auf.



Anfang Juni eröffneten IV-Wien-Vize-Präsidentin Patricia Neumann, CEO Siemens AG Österreich, und Professor Werner Hoffmann das Wiener Strategieforum 2026 an der Wirtschaftsuniversität Wien. Vize-Präsidentin Neumann betonte dabei, dass die aktuelle Diskussion über die Transformation von Wirtschaft und Industrie „zu stark von Ängsten geprägt ist. Wir sollten vielmehr die zahlreichen Chancen ins Zentrum rücken!“ Man müsse sich immer die Frage stellen, was man tun könne für eine gute Zu-

kunft – es gehe dabei um verschiedene Faktoren, von Energiepreisen oder Arbeitskosten bis hin zu Themen wie der besten Bildung vom Kindergarten bis zur Hochschule. Zu begrüßen sei die neue Industriestrategie – aber es brauche nun „einen breiten Schulterschluss zwischen Industrie, Politik und Sozialpartnern für die Umsetzung der Strategie“, führte Neumann aus. Denn gerade „das Gemeinsame“ mache Österreich aus – davon brauche man jetzt mehr. Damit Österreich auch weiter erfolgreich sein

könne, müsse man stärker auf Hightech setzen. Insofern sei der Fokus auf Schlüsseltechnologien in der Industriestrategie klar zu begrüßen. Die Voraussetzungen für den Erfolg der Zukunft seien in Österreich allemal gegeben, man müsse nun gemeinsam bestehende Herausforderungen angehen, so Neumann, die dabei auch betonte, wie „wichtig das richtige Mindset ist. Sowohl Politik als auch Unternehmer müssen sich jeweils in den anderen hineinversetzen. Dann kann ein Schulterschluss auch funktionieren!“